

+++ Jugend-Proteste, Politik-Versagen, Finanz-Exzesse +++
+++ Die Protestrückschau zum Jahresbeginn +++



019

Jahresrückblick 2011

Info-Teaser für Aktive

Sonderausgabe

JUNGE IMPULSE

2011 – Jahr der Proteste

DER DEMONSTRANT ist vom Time Magazine zur Person des Jahres 2011 gewählt worden – und die vergangenen 12 Monate waren tatsächlich geprägt von Demonstrationen wie selten zuvor in der jüngeren Geschichte. Von der arabischen Welt über Südeuropa bis in die USA, von London über Köln bis nach New York – weltweit gingen zumeist junge Menschen auf die Straße, geeint in der Forderung nach mehr Gerechtigkeit, nach mehr Demokratie und nach echten Zukunftsperspektiven. Auf den folgenden Seiten rufen wir uns die Proteste der letzten 12 Monate noch einmal in Erinnerung, in Europa und im Rest der Welt. Dabei wird schnell klar: Die Welt ist in Bewegung – und das Ende ist offen. Wir wünschen Euch eine anregende Lektüre und ganz viel Energie für das kommende Jahr. Es liegt vieles vor uns. → Eure IG METALL JUGEND

Das Jahr im Überblick

Januar 2011: Arabischer Frühling fegt Diktaturen weg

Im Dezember 2010 verbrannte sich ein junger Tunesier in der Öffentlichkeit als Symbol seiner Hoffnungslosigkeit und aus Protest gegen den damaligen Diktator Ben Ali. Was als Aktion eines Einzelnen begann, entwickelte sich schnell zu einem Flächenbrand in der gesamten arabischen Welt. Der so genannte arabische Frühling hat in zahlreichen Ländern die zumeist jahrzehntelange Herrschaft von Diktatoren beendet, Millionen Menschen forderten Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit und schüttelten grausame Gewaltherrscher ab. In Ägypten und Tunesien jagten die Aufständ-

schen die Herrscher aus dem Amt. Libyen verfiel in einen Bürgerkrieg, dessen Verlauf das Eingreifen der NATO entscheidend beeinflusste. Syrien ist ebenfalls, in einen Bürgerkrieg abgerutscht, nachdem die dortige Diktatur unter Baschar al-Assad seit Monaten einen zunehmend blutigen Krieg gegen die eigene Bevölkerung führt. → Weiter...

Januar/Februar 2011: Studentenproteste in Den Haag

Die niederländische Regierung, nach wie vor toleriert von Rechtspopulist und Islamhasser Geert Wilders, wollte Studierende, die die vorgesehene Regelstudienzeit in Holland überziehen, künftig drastisch bestrafen. Wer die jeweilige Vorgabe überschreite, solle mit 3000 Euro Strafgebühr pro Jahr und dem Entzug verschiedener Vergünstigungen sanktioniert werden, hieß es. Dagegen gingen Zehntausende Studenten in Den Haag auf die Straße – gemeinsam mit Professoren und Rektoren der holländischen Universitäten. Im Anschluss an die Demonstration kam es zu Ausschreitungen zwischen Studenten und der Polizei. Die Pläne der Regierung sind Teil eines rigorosen Sparprogramms, das den Bildungssektor des Landes nach Meinung vieler Experten dauerhaft beschädigen wird. Proteste gegen die Kürzungen formierten sich auch im Internet.

→ Weiter... und → Weiter...

Februar 2011: Buch "Empört Euch" erschienen

Eines der wirkungsmächtigsten Bücher der Gegenwart dürfte ein dünnes Heft eines 94-jährigen Franzosen werden, das Ende 2010 in Frankreich und Anfang 2011 in Deutschland erschien. "Empört euch" heißt der Aufruf des legendären ehemaligen Widerstandskämpfers Stéphane Hessel. Der Text prangert die Diskriminierung von Auslän-

019

Info-Teaser für Aktive
Jahresrückblick 2011



dem, mangelnde Unabhängigkeit der Medien, schlechten Zugang zu Bildung und Ausbildung, die marktradikale Wirtschaftspolitik und die fortschreitende Umweltzerstörung an. Hessel appelliert an die Bürger, ihre Gleichgültigkeit zu überwinden und ruft zu gewaltloser Revolte und zivilem Ungehorsam auf. Im Verlauf des Jahres sollten die Protestbewegungen vor allem in Südeuropa sich in Anlehnung an den Titel "Die Empörten" nennen. Im Februar ist das Buch auf Deutsch erschienen. → [Weiter...](#)

März 2011: "Prekäre Generation" demonstriert in Lissabon

Nach Protesten in Griechenland, Italien, Frankreich, England, Irland und Spanien ging es im März auch in Portugal los: Ähnlich wie in vielen anderen Ländern stand (und steht) die Regierung in Lissabon unter verstärktem Druck der EU, eine aggressive Sparpolitik zu betreiben, wenn sie den Einfluss auf die eigene Finanzpolitik nicht ganz verlieren wollte. Die Folgen waren und sind die gleichen wie immer: Brutale Einschnitte in den Sozialetat, Bildungsabbau, Abbau von staatlichen Leistungen. Nachdem bereits im November 2010 ein Streik mit 3 Millionen Beteiligten dem Unmut der Bevölkerung Luft machte, gingen im März erstmals junge Menschen auf die Straße. Die Zeit der schweigenden Unzufriedenheit schien im März auch in Portugal vorbei zu sein. → [Weiter...](#)

März/April 2011: Fukushima mobilisiert Hunderttausende

Die Katastrophe im japanischen Atomkraftwerk Fukushima führte nicht nur zu unerwarteten politischen Folgen in Baden-Württemberg (Wahlsieg der Grünen), sondern hat auch Proteststürme in ungeahnter Größenordnung hervorgebracht. Nachdem am 25. März über 200.000 Menschen in den größten deutschen Städten für den sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie demonstrierten, gingen fast genau einen Monat später noch einmal 120.000 Menschen an 12 Atomstandorten im ganzen Land auf die Straßen, um an den 25. Jahrestag der Katastrophe in Tschernobyl zu erinnern. Auch im Internet entstanden Proteste: Auf der Aktionsplattform Campact schlossen sich über 300.000 Menschen der Forderung nach sofortiger und endgültiger Abschaltung der deutschen Atommeiler an. Inzwischen hat die Bundesregierung den endgültigen Ausstieg beschlossen. → [Weiter...](#) und → [Weiter...](#)

April 2011: Rekord-Demo in Großbritannien

Nachdem der britische Staat die Finanzindustrie in der Londoner City mit Hunderten Milliarden Pfund vor dem Zusammenbruch gerettet hat, sollten die Bürger nun zum wiederholten Male "den Gürtel enger schnallen". Die dras-

tischen Kürzungspläne der Regierung betrafen dabei vor allem die Sektoren Bildung, Soziales und Kultur – Unternehmenssteuern oder Rüstung blieben weitgehend verschont. Dagegen regte sich im ganzen Vereinigten Königreich zunehmend heftiger Widerstand. Nun gingen erneut über 250.000 Menschen gegen die Pläne von Premierminister Cameron auf die Straße. Damit fand im April die größte Demonstration in der jüngeren britischen Geschichte statt. → [Weiter...](#)

Mai 2011: Griechen gegen EU-Spardiktat

Während sich die Krise in Griechenland durch negative Bewertungen privater Kreditagenturen und die Politik von Deutschland, Frankreich und anderen EU-Staaten in den letzten Monaten immer weiter verschärfte, nahmen auch die Proteste zu. In Athen und anderen griechischen Städten demonstrierten im Sommer 2011 täglich Hunderttausende gegen das so genannte "Memorandum II", mit dem die damalige griechische Regierung den von EU, Europäischer Zentralbank und IWF geforderten Sparmaßnahmen zustimmen will. Die Proteste fanden breite Zustimmung in der Bevölkerung und wurden von einer großen Bandbreite unterschiedlicher Gruppierungen getragen. Sie wendeten sich gegen die Forderungen nach radikalen Kürzungen und weitreichenden Privatisierungen – die vor allem auf Kosten von Geringverdienern und junge Arbeitnehmern gingen. Und sie forderten eine Demokratie in Griechenland, die auf echter Mitsprache der Menschen beruht. Im November ist die Macht in Athen auf Druck "der Märkte" indes von so genannten Finanzexperten übernommen worden – ohne demokratische Wahlen. → [Weiter...](#)

Mai 2011: "Movimento 15 M" in Spanien und Portugal

"Yes we camp" war das Motto, unter dem sich Hunderttausende überwiegend junge Menschen in den Zentren spanischer Städte versammelten und Tag und Nacht gegen die Politik ihrer Regierung protestierten – trotz Demonstrationsverbot. Den "Empörten" ging es um bessere Zukunftsperspektiven, ihre Anliegen schlossen aber auch grundsätzliche Fragen nach dem politischen und wirtschaftlichen System mit ein. Die "Bewegung 15. Mai" forderte "echte Demokratie", ein Ende der Umverteilungspolitik zugunsten der Wohlhabenden und eine strenge Regulierung großer Konzerne. Von den etablierten Parteien wollten die Demonstranten dabei nichts mehr wissen. Die spanische "Revolution 15M" strebte eine Ausdehnung der Proteste auf ganz Europa und eine Vernetzung mit anderen Protestbewegungen an. Auf dem Höhepunkt im Sommer 2011 wurde "15M" von mehreren Hunderttausend jungen Spaniern unterstützt, auch international gab es zahlreiche Solidaritätsaktionen. → [Weiter...](#) und → [Weiter...](#)

019

Info-Teaser für Aktive
Jahresrückblick 2011



Mai 2011:

Neues Buch zu europäischen Jugendprotesten

"Protest – Bewegung – Umbruch" ist der Titel eines Buches, das von IG Metall Jugend, ver.di Jugend und DGB Jugend im Mai vorgestellt wurde. Das Buch verschafft erstmals einen Überblick über die Proteste der Jungen Generation in Europa gibt – und stellt Gemeinsamkeiten heraus. Auf 184 Seiten schreiben verschiedene Autoren aus der Innenperspektive der europäischen Protestbewegungen von den Studentenprotesten in Rom bis zu Stuttgart 21. Die Herausgeber wollten mit dem Buch ein neues Selbstverständnis der 20- bis 40-Jährigen dokumentieren, hieß es. Die Jugend wolle nicht mehr bloß Empfänger politischer Entscheidungen sein sondern mitdenken, mitreden und mitentscheiden können. Die gegenwärtigen Konflikte seien daher kein Strohfeder, weil neue politische Allianzen entstünden, so die Herausgeber. Angesichts der Vielzahl weltweiter Proteste in 2011 erschienene unterdessen eine Aktualisierung so interessant wie geboten. [→ Weiter...](#)

Juni 2011:

Stuttgart 21 geht in die letzte Runde

Kaum war die neue Regierung unter Führung der Grünen in Baden-Württemberg im Amt, setzte die Deutsche Bahn die Bauarbeiten am umstrittenen Neubau des Stuttgarter Hauptbahnhofs fort. Nachdem es der neuen Regierung unter Deutschlands erstem grünen Ministerpräsidenten nicht gelungen war, den Monaten verhängten Baustopp zu verlängern, versuchte die Bahn dies auszunutzen. Tatsächlich sah es zunächst auch so aus, als sei der massenhafte Protest erlahmt. Der "Widerstand ist ungebrochen", hieß es indes aus dem Aktionsbündnis, das die Schlichtungsrunde im Frühjahr erzwungen hatte. Zum Beweis stürmte im Anschluss an die Demonstration eine Gruppe von Aktivisten die Baustelle und besetzte das Dach eines Gebäudes. Nachdem Baden-Württemberg in einer Volksabstimmung im November 2011 für den Bau des Bahnhofs votierte, sicherte Ministerpräsident Kretschmann der Bahn unterdessen, "bauen zu können". [→ Weiter...](#) und [→ Weiter...](#)

Juni 2011:

Studentenproteste in Chile nehmen zu

In Chile haben die außerparlamentarischen Proteste gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik von Präsident Sebastián Piñera im Jahresverlauf massiv zugenommen. Gingen Anfang Juni schon 25.000 Schüler, Studierende und Lehrkräfte in der Hauptstadt Santiago auf die Straße, um mehr staatliche Unterstützung für das Bildungssystem zu fordern, waren es im August bereits über 150.000 Demonstranten. Dabei kam es mehrfach zu gewalttätigen Ausein-

andersetzungen mit der Polizei. Die Aktivisten fordern nicht nur staatliche Unterstützung der Universitäten und einen gerechten Zugang zu öffentlichen Bildungseinrichtungen, sie setzen sich auch für mehr Mitbestimmung an den Hochschulen selbst ein. In Chile sind alle Universitäten und ein Großteil der Schulen gebührenpflichtig. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung kann sich ein Universitätsstudium daher nicht leisten, das bis zu 2.000 Dollar monatlich kostet. Laut der Unesco zählt Chile zu den Ländern, in denen die soziale Spaltung im Bildungssystem am stärksten ausgeprägt ist.. [→ Weiter...](#)

Juli 2011:

Nobelpreisträger für radikales Umdenken

Der ehemalige Chef-Ökonom des Internationalen Währungsfonds (IWF), Joseph Stiglitz, geht hart mit der Politik der westlichen Industrieländer ins Gericht – und fordert eine grundlegende Reform des weltweiten Finanzsystems. In einem jüngst veröffentlichten Artikel erklärte er, die globale Finanzkrise könne nicht losgelöst vom weltweiten Finanzsystem betrachtet werden und geißelte die Sparpolitik in der EU und den USA. "Sparmaßnahmen untergraben das Wachstum und verschlimmern die staatliche Haushaltslage" so Stiglitz, der schon mehrfach als Kritiker marktgläubiger Politik in Erscheinung trat. Seine Prognose fällt niederschmetternd aus: Wenn sich keine "weiseren Köpfe" durchsetzen, steuere die Weltwirtschaft auf eine Katastrophe zu. [→ Weiter...](#)

August 2011:

Tagelange Unruhen in England

Ausgehend von London wurde zahlreiche Städte in Großbritannien im August von tagelangen sozialen Unruhen erfasst. Dabei kam es nicht nur zu massiven Auseinandersetzungen mit der Polizei, sondern auch zu massenhaften Plünderungen von Geschäften und Einkaufszentren. Politik und Polizei reagierten mit größtmöglicher Härte, die bis heute andauert und nach Ansicht von Experten die Grenzen westlicher Rechtsstaatlichkeit längst überschritten hat. Für den britischen Ministerpräsidenten David Cameron war denn auch klar: Der Pöbel habe keinen Respekt mehr vor der Herrschaft, sei moralisch verkommen, "schlicht kriminell" und müsse rücksichtslos bestraft werden. Für den Soziologen Richard Sennett hingegen waren die Unruhen wenig überraschend und eine logische Konsequenz der radikalen Sparpolitik auf der Insel. Insbesondere die Situation junger Menschen habe sich in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert. Grundsätzlich hätten die Proteste in den Mittelmeerländern daher den gleichen Ursprung wie die britischen Unruhen. [→ Weiter...](#) und [→ Weiter...](#)

019

Info-Teaser für Aktive
Jahresrückblick 2011



August 2011:

Historische Demonstrationen in Israel

Seit Juni regt sich auch in Israel Widerstand gegen die herrschende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Was mit Studentenprotesten in Tel Aviv begann, hatte sich in zwei Monaten zu einer landesweiten Bewegung entwickelt, die erheblichen Druck auf die Politik und insbesondere auf Ministerpräsident Netanjahu ausübte. Fast 500.000 Menschen gingen im ganzen Land auf die Straßen, die meisten davon in Tel Aviv. Große Kundgebungen gab es auch in Jerusalem, Haifa und Afula. Die Bewegung fordert mehr soziale Gerechtigkeit, niedrigere Lebenshaltungskosten und niedrigere Mieten. Die soziale Ungleichheit hatte sich in den letzten Jahren dramatisch verschärft. Besonders für die Junge Generation in den Städten ist es wegen der horrenden Mieten und der geringen Löhne zunehmend schwer geworden, ein Auskommen zu finden. [→ Weiter...](#)

August 2011:

Insider sagen Finanz-Crash voraus

Auch aus der Innenperspektive scheint es schlimm um das weltweite Finanzsystem zu stehen, wenn schon Börsen-Insider die marktradikale Politik der westlichen Staaten harsch kritisieren und dringend eine Umverteilung von oben nach unten fordern. Der als "Mr. Dax" bekannt gewordene Frankfurter Börsenmakler Dirk Müller hat eben dies in einem Interview mit dem "Deutschen Anleger-Fernsehen" getan – und eine schonungslose Analyse der gegenwärtigen Situation gleich mitgeliefert: "Wenn man sich anschaut was in der Vergangenheit in den USA passiert ist, da wurden immer die Reichen unterstützt. Dadurch ist ein unglaubliches Ungleichgewicht entstanden. Das muss jetzt abgebaut werden, sonst ist das Finanzsystem am Ende." Die derzeitige Entwicklung laufe auch in Deutschland Müller zufolge langfristig "auf einen Staatsbankrott hinaus". [→ Weiter...](#)

September 2011:

Der Start der "Occupy"-Bewegung

Mitten im Zentrum von New York besetzte eine kleine Gruppe von Aktivisten im September 2011 den so genannten "Zucotti-Park" in direkter Nähe des New Yorker Finanzdistrikt. Unter dem Motto "Occupy Wall Street" demonstrierten sie gegen die auch in den USA dramatisch wachsende Ungleichheit und die unkontrollierte und immer weiter ausufernde Macht der Finanzmärkte. Sie sehen sich als Vertreter der 99 Prozent, denen die marktradikale Politik der letzten Jahre die Lebensperspektiven geraubt hat – und kündigen dem restlichen und reichsten Prozent der Amerikaner ihren Widerstand an. Aus einer kleinen Gruppe von Demonstranten entstand binnen weniger Wochen eine Protestbewegung in über 400 amerikanischen Städten, die

trotz Wintereinbruch und Polizeigewalt zum Teil bis heute andauert. Unterdessen hat der Slogan "we are the 99 percent" sich in rasendem Tempo über die gesamte Welt ausgebreitet und prägt vor allem die US-Politik bis heute nachhaltig. [→ Weiter...](#) und [→ Weiter...](#)

Oktober 2011:

20.000 demonstrieren für Übernahme

Am 1. Oktober 2011 stand Köln ganz im Zeichen der Operation Übernahme. Über 20.000 junge Metallerrinnen und Metaller hatten auf dem Jugend-Aktionstag der IG Metall Zukunft und Perspektiven für die Junge Generation und die unbefristete Übernahme nach der Ausbildung gefordert. Auf der Hauptkundgebung warf der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Detlef Wetzel, Politik und Unternehmern vor, die Interessen der Jungen Generation über Jahre hinweg ignoriert zu haben und so den gesellschaftlichen Zusammenhalt aufs Spiel zu setzen. "Wir wollen Gerechtigkeit und Chancengleichheit in unserer Gesellschaft. Sichere Arbeit – das heißt für uns jetzt zu allererst die unbefristete Übernahme aller Auszubildenden", so Wetzel. Dafür werde die IG Metall in der kommenden Tarifrunde kämpfen. Eric Leiderer, Bundesjugendsekretär der IG Metall, kritisierte in Köln, dass die Junge Generation noch immer als das schwächste Glied in der Gesellschaft ausgenutzt würde: "Bei jungen Menschen lässt sich am einfachsten kürzen, streichen und Löhne drücken." [→ Weiter...](#)

Oktober 2011:

"15M" ruft zu internationalen Demos auf

Unter dem Motto "United for global change" rief die spanische Protestbewegung Menschen in aller Welt dazu auf, gegen die gegenwärtige Finanzpolitik und für echte Demokratie auf die Straßen zu gehen. "Am 15. Oktober werden wir Bürgerinnen und Bürger der ganzen Welt auf die Straße gehen, um unsere Empörung über den Verlust unserer Rechte zu zeigen – Rechte, die uns durch ein Bündnis zwischen großen Unternehmen und der politischen Klasse entzogen werden", hieß es in dem Aufruf. Aktionen fanden unter anderem in Griechenland, Frankreich, Großbritannien und Italien statt, in Deutschland standen Aktionen in Hamburg, Berlin, Köln und Frankfurt auf dem Programm. Die Bewegung "Movimiento 15-M" entstand am 15. Mai diesen Jahres in Madrid, als die Massenproteste in der spanischen Hauptstadt ihren vorläufigen Höhepunkt erreichten und trotz Demonstrationsverbot über viele Wochen anhielten. [→ Weiter...](#)

Oktober/November 2011:

"Occupy" wird internationale Bewegung

Was mit einigen Hunderten Protestierenden in New York begann, breitete sich in wenigen Wochen über die ganze

019

Info-Teaser für Aktive
Jahresrückblick 2011



Welt aus: Von den USA über Europa bis nach Indien und Lateinamerika demonstrierten im Herbst 2011 Millionen von Menschen gegen die Macht der Börsen und Konzerne und gegen die weitere Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen. Ob in Tel Aviv, Madrid, New York oder Kairo – die zumeist jungen Demonstranten fordern eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands und eine Demokratie, in der ihre Anliegen auch tatsächlich ernst genommen werden. In Deutschland zählten die Demonstrationen in Frankfurt, Berlin und anderen Städten mehr als 40.000 Teilnehmer – und werden mit Zelten und Protestkundgebungen vor der Europäischen Zentralbank in Frankfurt und dem Reichstag in Berlin bis heute fortgesetzt.

→ Weiter... und → Weiter...

November 2011:

Bildungsstreik in 50 Städten

Am 17. November trat auch der Protest der Schüler und Studenten gegen die verfehlten Bildungsreformen wieder ins Licht der Öffentlichkeit. In über 50 Städten in ganz Deutschland demonstrierten Schüler und Studenten dafür, Geld für Schulen und Universitäten statt für Banken und Militär zu Verfügung zu stellen und sprachen sich gegen die weitere Ökonomisierung des Bildungssystems in Europa aus. In Europa folgten mehrere Hunderttausend überwiegend junge Menschen dem Aufruf "Global Weeks of Action for Education", alleine in Italien gingen über 200.000 Demonstranten auf die Straßen. "Die Protestierenden haben rund um den Globus der neoliberalen Bildungspolitik eine klare Absage erteilt", sagt Hannah Eberle von der Pressegruppe des Bundesweiten Bildungsstreiks in Berlin. → Weiter...

November 2011:

Übermacht der Wirtschaft nachgewiesen

Die renommierte Eidgenössische Technische Hochschule in Zürich (ETH) wies in einer im Herbst 2011 vorgelegten Untersuchung eine gewaltige wirtschaftliche Konzentration bei einer kleinen Gruppe von internationalen Konzernen nach. Die weltweite Wirtschaft werde von lediglich 147 Konzernen dominiert, die meisten davon aus dem Finanzsektor. An der Spitze der 50 mächtigsten Unternehmen steht die britische Barclays Bank, die Deutsche Bank findet sich hinter vielen anderen Finanzinstituten auf Rang 13 wieder. Wenn die internationalen Protestbewegungen am Ende dieses Jahres noch wissenschaftliche Unterstützung gebraucht hätten – die ETH hätte sie geliefert. → Weiter...

Dezember 2011:

Arabischer Frühling kämpft weiter

Anfang des Jahres war der Tahir-Platz in der Innenstadt der ägyptischen Hauptstadt Kairo im Fokus des weltweiten Interesses – und das Zentrum des Widerstandes gegen die

arabischen Diktatoren. Nachdem die Revolution am Nil zunächst erfolgreich schien, zeigte sich in den letzten Wochen des Jahres jedoch, dass der Kampf noch nicht vorbei ist. Denn der Militärrat, der offiziell vorübergehend die Macht innehatte, hält sich nicht an seine Zusicherungen und verschleppt Reformen und die noch für dieses Jahr zugesicherten Wahlen. In den letzten Wochen des Jahres kam es nun erneut zu Ausschreitungen in der Kairoer Innenstadt und anderen Städten des Landes. → Weiter...

Dezember 2011:

Demonstrant ist Person des Jahres

Seit 1927 wählt das amerikanische Time Magazine am Jahresende die "Person of the Year", eine Person, die aus Sicht der Redaktion jeweils den größten Einfluss auf die Ereignisse des jeweiligen Jahres hatte. Zahlreiche bekannte Namen finden sich auf der Liste, unter ihnen etwa auch Konrad Adenauer und Willy Brandt. Aber auch "der Computer" (1982), "die bedrohte Erde" (1988) oder einfach "Du" (2006) wurden schon auf den Titel des einflussreichen Magazins gehievt. "The Protester" ("Der Demonstrant") ist nun die Wahl des Jahres 2011, nachdem auch der verstorbene Apple-Chef Steve Jobs oder gar Merkel und Sarkozy in Betracht gezogen wurden. → Weiter... und → Weiter...

2012 – Jahr der Aktion

WAS BRINGT DAS NEUE JAHR? Wohin geht die Reise – in dieser Gesellschaft und auf der Welt? Angesichts der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung ist das eine verständliche Frage. Vieles ist in Bewegung geraten: Während Politik und Wirtschaft weitermachen, als wäre nichts geschehen, stellen sich die Menschen gegen das alte System. Sie treten ein für freie Bildung oder für die Übernahme nach der Ausbildung, sie verlangen echte Demokratie, mehr Mitbestimmung und eine gerechte Gesellschaft. Und wenn Politik und Wirtschaft im neuen Jahr nicht unversehens eine radikale Kursänderung vollziehen, dann glauben wir kaum, dass der globale Widerstand abreißen wird – im Gegenteil: Die weltweite Occupy-Bewegung hat gerade erst begonnen. Aber auch bei uns in Deutschland stehen harte Auseinandersetzungen an, nicht nur auf den Straßen. Wir als IG Metall bereiten uns vor allem auf die Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie vor, in der wir die unbefristete Übernahme nach der Ausbildung durchsetzen wollen. Das ist ein wichtiger Teil unseres Kampfes um echte Zukunftsperspektiven für die Junge Generation. Darin treffen wir uns mit den internationalen Protestbewegungen – und deshalb werden wir diese auch in Zukunft solidarisch unterstützen. In diesem Sinne wünschen wir: Viel Kraft, viel Gesundheit und und viel Erfolg in 2012. Ein schönes neues Jahr! → EURE IG METALL JUGEND